

Arbeitszeitgesetz darf nicht an der Realität vorbeigehen - Tourismusministerin Kaniber fordert echte Flexibilisierung für Gastronomie, Hotellerie und Tourismusbetriebe

22.6.2026 - | Bayerische Staatsregierung

(21. Juni 2026) München - Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber hat die bekannt gewordenen Pläne des Bundesarbeitsministeriums zur Reform des Arbeitszeitgesetzes kritisiert. Der aktuelle Entwurf bleibe deutlich hinter den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zurück und werde den Anforderungen vieler Tourismusbetriebe nicht gerecht.

Nach Ansicht der Ministerin brauchen insbesondere Gastronomie, Hotellerie und Tourismus mehr Spielraum bei der Verteilung der Arbeitszeit. Gerade in einer Branche, die von Saisonverläufen, Wetterlagen, Veranstaltungen und stark schwankenden Gästezahlen geprägt sei, passe ein starres tägliches Arbeitszeitmodell oft nicht zur betrieblichen Realität. Eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit würde Betrieben und Beschäftigten mehr Flexibilität ermöglichen, ohne den Gesundheitsschutz infrage zu stellen.

„Es geht nicht darum, Menschen länger arbeiten zu lassen. Es geht darum, Arbeit vernünftig zu organisieren. Wer an einem Tag etwas länger arbeitet, soll dafür an anderer Stelle mehr Freiraum gewinnen können. Diese Flexibilität brauchen Betriebe und Beschäftigte gleichermaßen“, sagte Kaniber.

Besonders kritisch sieht die Ministerin, dass die geplanten Erleichterungen nach dem aktuellen Entwurf weitgehend an Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen geknüpft werden sollen. Davon würden viele familiengeführte Hotels, Gasthäuser, Pensionen und kleinere Tourismusbetriebe nicht profitieren.

Kaniber warnte zugleich vor zusätzlichen bürokratischen Belastungen. Viele Gastgeber kämpften bereits mit Fachkräftemangel, steigenden Kosten und umfangreichen Dokumentationspflichten. Die Bundesregierung dürfe deshalb nicht neue Hürden schaffen, sondern müsse den Betrieben mehr unternehmerische Freiheit ermöglichen.

„Mit ihrem Vorstoß gegen die Vertrauensarbeitszeit sendet Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas das völlig falsche Signal. Gerade in familiengeführten Hotels, Gasthäusern und Pensionen springt die Familie selbstverständlich ein, wenn eine Reisegruppe kommt oder eine Feier länger dauert. Wer solche Betriebe mit immer neuen Dokumentationspflichten überzieht, zeigt vor allem eines: tiefes Misstrauen gegenüber den Menschen, die jeden Tag Verantwortung übernehmen“, warnte die Ministerin.

Der Koalitionsvertrag habe mehr Flexibilität für alle Betriebe versprochen. „Herauskommen darf jetzt kein Sonderrecht für wenige. Und noch vor wenigen Monaten hat die Bundesregierung selbst in ihrer Tourismusstrategie bestätigt, dass diese Branchen mehr Flexibilität brauchen. Umso unverständlicher, dass die Arbeitsministerin das Versprechen jetzt einkassieren will. Gerade die

vielen familiengeführten Betriebe in Bayern brauchen praktikable Regeln statt neuer Einschränkungen. Wer Gastronomie, Hotellerie und Tourismus stärken will, muss den Mut haben, das Arbeitszeitrecht an die Realität des 21. Jahrhunderts anzupassen“, so Kaniber.

<https://www.bayern.de/arbeitszeitgesetz-darf-nicht-an-der-realitaet-vorbeigehen-tourismusministerin-kaniber-fordert-echte-flexibilisierung-fuer-gastronomie-hotellerie-und-tourismusbetriebe>